

⁶⁹ HiKo 120; HiKo NL 1 Bd. 5.

⁷⁰ HiKo NL 1 Bd. 6.

⁷¹ Zum Folgenden vgl. HiKo 112, 113, 242.

⁷² HiKo 32, 204.

⁷³ HiKo 242.

⁷⁴ HiKo 122.

⁷⁵ So Quidde, in: RTA ÄR Bd. 16, X (1928).

⁷⁶ HiKo 242.

⁷⁷ HiKo 121ff., 242. Vgl. Annelies Grundmann, in: Heinrich Lutz/Alfred Kohler (Hg.), Aus der Arbeit an den Reichstagen unter Kaiser Karl V. (Schriftenreihe der Historischen Kommission 26), Göttingen 1986, 69–129.

⁷⁸ HZ 168 (1943), 346.

⁷⁹ Ebd., 349; HiKo NL 1 Bd. 6 (Denkschrift 13. Okt. 1942).

⁸⁰ HiKo 122.

⁸¹ HiKo 224.

⁸² Heimpel (wie Anm. 1), 102.

⁸³ HiKo 125.

⁸⁴ HiKo 242.

⁸⁵ RTA JR Bd. 8, XVIII.

⁸⁶ HiKo NL 3 Bd. 2.

⁸⁷ Hiko R 6.

⁸⁸ Vgl. Jb. BAdW 1971, 99.

⁸⁹ Vgl. Lutz/Kohler (wie Anm. 77), 10–12; Albrecht Luttenberger/Heinrich Lutz, in: Jb. d. hist. Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Berichtsjahr 1980, Stuttgart 1981, 55–57.

⁹⁰ Vgl. RTA JR Bd. 16 (2003), 51–54; Rosemarie Aulinger, in: Grete Klingenstein u. a. (Hg.), Umgang mit Quellen heute (Fontes rerum Austriacarum Abt. 2 Bd. 92), Wien 2003, 40–44.

⁹¹ Vgl. HiKo R 344, 345; Heinz Angermeier, in: Jb. d. hist. Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Berichtsjahr 1985. München 1986, 39–45; RTA Reichsversammlungen: RT Speyer 1570, 19–25.

⁹² Vgl. ebd., 80.

⁹³ Ebd., 24.

⁹⁴ HiKo R 348.

⁹⁵ HiKo 125, 235, 237; Heinz Angermeier, in: Jb. d. hist. Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Berichtsjahr 1981, Stuttgart 1982, 46–51.

⁹⁶ HiKo NL 3 Bd. 2; RTA MR Bd. 3, 5–8.

⁹⁷ Heinz Angermeier/Erich Meuthen (Hg.), Fortschritte in der Geschichtswissenschaft durch Reichstagsaktenforschung (Schriftenreihe der Historischen Kommission 35), Göttingen 1988.

⁹⁸ Erich Meuthen (Hg.), Reichstage und Kirche (Schriftenreihe der Historischen Kommission 42), Göttingen 1991.

⁹⁹ Vgl. den letzten zusammenfassenden Bericht von Heinz Angermeier/Erich Meuthen/Eike Wolgast, Die Reichstagsakten-Edition. Zum Stand des Forschungsunternehmens der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, in: Jb. d. hist. Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Berichtsjahr 1997, München 1998, 15–19; vgl. auch Eike Wolgast, The Edition of the „Deutsche Reichstagsakten“, in: Augustus J. Veenendaal Jr./Johanna Roelevink (ed.), Unlocking government archives of the early modern period, Den Haag 1995, 42–50.

Helmut Neuhaus

Territorial- und Herrschergeschichte als Reichsgeschichte im 16. und 17. Jahrhundert

1. Die Begründung einer ersten Edition zur neueren Geschichte¹

Mit den „Deutschen Reichstagsakten“, deren Herausgabe als einzig konkret benanntes Editionsunternehmen im Statut der Historischen Kommission (20. August/26. November 1858) festgeschrieben, und mit den „Chroniken der deutschen Städte vom 14. bis in's 16. Jahrhundert“, deren Edition von der Gründungsversammlung der Historischen Kommission vom 29. September bis 1. Oktober 1858 in München als erste beschlossen worden war,² wandte sich die vom bayerischen König Maximilian II. Joseph errichtete „Commission für deutsche Geschichte und Quellenforschung bei Meiner Akademie der Wissenschaften“ sogleich ihren Aufgaben zu. Beide Vorhaben entsprachen den Zielsetzungen der „Erforschung der großen, Alle angehenden, Alle verbindenden, das Leben der Nation beherrschenden Ereignisse“ sowie der „Publication unbekannter oder in besseren Texten mitzutheilender Quellschriften und Urkunden“, wie sie Leopold Ranke in seiner Denkschrift vom 30. September 1858 formuliert hatte.³ Dabei war nicht zu übersehen, daß beide Projekte ihren Anfang im Mittelalter zu nehmen hatten, ohne in bestehenden Unternehmungen wie die der Monumenta Germaniae Historica einzugreifen, und daß beide bis ins 16. Jahrhundert zu verfolgen waren. Wie Ranke die zunächst bis in die Zeit Kaiser Karls V. und in die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts projektierte „Sammlung der Reichstagsacten“ gleichsam zum Flaggschiff der Historischen Kommission erklärte, so dachte er mit Blick auf weitere Editionen – ohne konkreter zu werden – zum Beispiel an „eine Zusammenstellung des authentischen auf die allgemeine Geschichte der Nation und ihrer vornehmsten Institute bezüglichen Stoffes aus den Chroniken des späteren Mittelalters“.⁴

Diese Konzentration auf das Mittelalter, die sich auch in Rankes früher Anregung eines Annalenwerkes deutscher Geschichte „von ihren ersten Anfängen bis auf die neue Zeit“ äußerte, das mit den „Jahrbüchern der Deutschen Geschichte“ für das Mittelalter realisiert wurde, nahm Carl Adolf Cornelius

während der zweiten Plenarversammlung der Historischen Kommission im September/Oktober 1860 zum Anlaß, eine Quellenedition „für die erste Periode der neueren Geschichte Deutschlands, für die Zeit der abendländischen Glaubenspaltung und der aus ihr hervorgehenden oder mit ihr zusammenhängenden Entwicklungen, Zerwürfnisse und Kriege“ vorzuschlagen. Dem in Würzburg geborenen Katholiken, der 1848/49 Mitglied des Frankfurter Paulskirchen-Parlamentes gewesen war, seit 1856 neben dem Protestanten Heinrich von Sybel Lehrstuhlinhaber an der Münchener Universität, ging es um die Erforschung der in der deutschen Historiographie vernachlässigten Epoche nach dem Augsburger Religionsfrieden von 1555 bis in den Dreißigjährigen Krieg, für die es eine feste Quellenbasis zu erarbeiten galt. Dabei sah er – wie die kleindeutschen Historiker an das frühneuzeitliche Heilige Römische Reich den diesem nicht gerecht werdenden Maßstab des Zentral-, Macht- und Anstaltsstaates anlegend – das Hauptproblem der wissenschaftlichen Beschäftigung mit deutscher Geschichte der Neuzeit darin, „daß man ihre Hauptfäden nicht in den Acten einer Centralregierung zusammen findet, sondern aus dem Durcheinander der Wechselbeziehungen einer Anzahl bedeutender Reichsstände unter sich und zum Ausland entwirren muß.“⁴⁵

Angesichts des Sachverhaltes, daß Reichsangelegenheiten nur im Zusammenwirken von Römischem König beziehungsweise Kaiser und einer Vielzahl höchst unterschiedlicher sowie verschiedenen Konfessionen angehörender Reichsstände zu definieren und zu behandeln waren, verband sich mit dem Fehlen reichischer Zentralität für eine Quellenedition die Frage, von welcher archivalischen Basis aus sie zu erarbeiten war. Leopold Ranke hatte in seiner grundlegenden Denkschrift von 1858 als Zweck der Historischen Kommission eine „nicht auf die einzelnen Landschaften, sondern auf die allgemeine Geschichte des gesammten Vaterlandes“ gerichtete Geschichtsforschung bezeichnet, den er freilich auch erfüllt sah, wenn „aus den bayerischen Archiven [...] vornehmlich auf solche Aufzeichnungen Rücksicht“ genommen würde, „welche zugleich ein über das locale hinausgehendes Interesse für die allgemeine deutsche Geschichte darbieten.“⁴⁶

Cornelius plädierte bei seinem Vorschlag ebenfalls für die Archive des Hauses Wittelsbach als Ausgangspunkt und sah „den allgemeinen deutschen Gesichtspunkt“ nahezu zwingend erfüllt, denn in der von ihm ins Auge gefaßten Epoche der drei bayerischen Herzöge von Albrecht V. bis zu Maximilian I. sowie der fünf pfälzischen Kurfürsten von Ottheinrich bis zu Friedrich V., dem böhmischen Winterkönig, bestimmten die Wittelsbacher maßgeblich das politische Geschehen im Heiligen Römischen Reich. Wie ihm München zum Hauptort eines wiedererstarteten Katholizismus wurde und Herzog Maximilian I. zum ebenso machtbewußten wie erfolgreichen Anführer der katholischen Liga, so entwickelte sich Heidelberg zum Zentrum des aufstrebenden Calvinismus und Pfalzgraf Friedrich V. zum gleichermaßen ehrgeizigen wie scheidenden Führer der protestantischen Union.

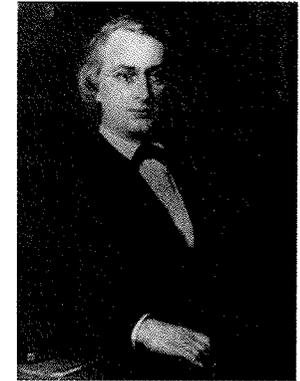


Abb. 23: Carl Adolf von Cornelius (1819–1903), 1861–1901 Leiter der Abteilung „Wittelsbachische Korrespondenzen“, 1890–1898 Sekretär der Historischen Kommission.

Die „unbestreitbare Wichtigkeit für die deutsche Geschichte“ und die europäische Dimension seines Themas veranlaßten ihn hinsichtlich der Quellenauswahl einerseits zur Begrenzung auf die archivalischen Hinterlassenschaften der Kurfürsten von der Pfalz und der Herzöge von Bayern sowie der Erzbischöfe und Kurfürsten von Köln und der Fürsten von Pfalz-Neuburg aus dem Hause Wittelsbach, andererseits aber hielt er den Rückgriff auf die wichtigsten Archive in Deutschland und Europa für notwendig. Da es Cornelius darum ging, „eine Grundlage für die deutsche Geschichte zu gewinnen“, sollte der Schwerpunkt der Arbeit nicht auf der Geschichte der einzelnen Territorien liegen, sondern „auf die auswärtigen Beziehungen der Regenten und auf ihre Stellung innerhalb der politischen und religiösen Parteien ihrer Zeit“ zielen. Es sollte „nicht so sehr auf eine vollständige Sammlung des officiellen Schriftenwechsels ankommen, als vielmehr auf die vertraulichen Correspondenzen, welche eine Einsicht in die Motive der Handlungen, eine Anschauung von dem Charakter der Regenten, ihrer Umgebungen und der leitenden Männer zu gewähren geeignet sind. Hierher gehören“ – so konkretisierte Cornelius – „die Briefe der Fürsten an ihre Verwandten und an fürstliche Freunde, die geheimen Instructionen an Gesandte und Agenten, die Berichte der Agenten an fremden Höfen, die Briefe der Staatsmänner und Feldherren, die Berichte fremder Gesandten an ihre Auftraggeber über ihre Verrichtungen und Wahrnehmungen an den Wittelsbachischen Höfen.“⁴⁷

Den Antrag ihres Gründungsmitgliedes Carl Adolf Cornelius, „die Correspondenz der Wittelsbacher Fürsten beider Linien von der Mitte des 16. bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts herauszugeben“ – so das Protokoll der Plenarversammlung vom 5. Oktober 1860 – genehmigte die Historische Kommission einstimmig. Sie behandelte seinen – seinen bisherigen Forschungen näher stehenden – Vorschlag, „die Briefe hervorragender Theologen des 16. Jahrhunderts mit Ausnahme Luthers, Zwinglis und Melancthons vom Beginn der Reformation bis gegen das Jahr 1535“ herauszugeben, offenbar ebensowenig wie den zur „Herausgabe der Correspondenz Gustav Adolphs aus der Zeit des Teutschen Krieges“. Und bereits einen Tag später konnte Leopold Ranke

nicht nur berichten, daß König Maximilian II. Joseph „die Herausgabe der Correspondenzen der Wittelsbacher Fürsten 1550–1650“ genehmigt, sondern auch „die sofortige Inangriffnahme befohlen“ habe, wozu für das Jahr 1860/61 ein Betrag von 1.000 bis 1.500 fl. bereitzustellen war.⁸

Bei der Vorlage seines „Vorschlag[es], betreffend die Herausgabe eines Wittelsbachischen Archivs für die zweite Hälfte des 16. und die erste Hälfte des 17. Jahrhunderts“, wurde Cornelius zwar auch vom Gedanken einer gewissen „Pflicht des Dankes gegen den Stifter der Commission und gegen das Land, in dem sie sich versammelt“, geleitet, aber seine Entscheidung, die Geschichte des Heiligen Römischen Reiches in der Neuzeit über die Edition der Korrespondenzen der wichtigsten Reichsfürsten zu erschließen und mit denen des Hauses Wittelsbach zu beginnen, war ausschließlich inhaltlich begründet.

2. „Pfalzgeschichte“

Das Neuartige an Cornelius' Konzeption tritt überdeutlich angesichts eines ebenfalls von König Maximilian II. Joseph geförderten Unternehmens hervor, das im Jahre 1860 noch bestand und bis 1864 fortgeführt wurde: den „Quellen und Erörterungen zur bayerischen und deutschen Geschichte“. Zur Veröffentlichung der „in den Archiven und Bibliotheken des Königreiches befindlichen historischen Schätze“ hatte der König 1856 eine „Commission zur Herausgabe bayer. u. deutsch. Quellen-Schriften“ begründet, die auch als „Archivalische Kommission“ bezeichnet und am 19. November 1860 als „ältere Historische Commission“ aufgelöst wurde.⁹ Ihr gehörten mit Georg Thomas Rudhart als Vorsitzendem, Heinrich Föringer, Karl Muffat, Karl Spruner von Merz und Franz Löher (in der Nachfolge von Wilhelm Dönninges, dem einflußreichen Berater des Königs) – neben Conrad Hofmann und Franz Michael Wittmann – fünf Mitglieder der zwei Jahre später gegründeten Historischen Kommission an. „Die Commission richtet ihre Thätigkeit zunächst und hauptsächlich auf Alles“ – formulierte sie im ersten, noch 1856 erschienenen Band der „Quellen und Erörterungen“ –, „was zur Geschichte sämtlicher bayerischen Landestheile, und insbesondere des durchlauchtigsten Regentenhauses gehört“, wollte aber auch „Vieles an Urkunden und anderen Quellenschriften, was weit über das Königreich Bayern hinaus in die Gesamtgeschichte des deutschen Vaterlandes eingreift, [...] nach und nach zur öffentlichen Kunde [...] bringen.“¹⁰ Doch dazu kam es ebensowenig wie zu einer besonderen Hinwendung zur „neueren Geschichte, welche bisher im Vergleiche der älteren eine allzu stiefmütterliche Behandlung erfuhr.“ Die neun Bände der „Quellen und Erörterungen“ bezogen sich ganz überwiegend auf das Mittelalter und die Landesgeschichte.

Dies wiederholte sich noch einmal für eineinhalb Jahrzehnte, nachdem die beiden bayerischen Landeshistoriker Karl Theodor von Heigel und Sigmund von Riezler auf der Plenarversammlung der Historischen Kommission des

Jahres 1899 die Wiederaufnahme des alten Reihenwerkes in einer Neuen Folge beantragt hatten. Insgesamt fünf Bände erschienen von 1903 bis 1915 in deren Obhut, bis sich schließlich 1927 die neugegründete Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften dieses Unternehmens annahm. Hatte man schon 1899 bei der Wiedergründung ein auf die Neuzeit zielendes Editionsprogramm zugunsten einer Beschränkung auf das Mittelalter aufgegeben, so verzichtete man nach 1927 auf die Publikation von Texten zur deutschen Geschichte und änderte den Reihentitel konsequenterweise in „Quellen und Erörterungen zur bayerischen Geschichte“ ab.¹¹

Auch wenn die Historische Kommission die vor ihrer Gründung vom bayerischen König Maximilian II. Joseph ins Leben gerufenen „Quellen und Erörterungen zur bayerischen und deutschen Geschichte“ nicht zu ihrem eigenen Anliegen machte, so hatte sie sich doch immer wieder mit ihnen zu befassen, Berichte zum Fortgang der seit 1856 begonnenen Arbeiten, Anträge zu deren Finanzierung sowie Informationen zur Drucklegung der bis 1864 erschienenen Bände geschäftsmäßig zu behandeln und zur Kenntnis zu nehmen. Während der Plenarsitzung des Jahres 1861 setzte sie am 8. Oktober dann einen aus den Mitgliedern Spruner, Muffat und Föringer bestehenden Ausschuß mit der Aufgabe ein, die „Quellen und Erörterungen“ „wo möglich in diesem Jahre zu Ende“ zu bringen.¹² Nachdem 1864 der zweite Teil des 9. Bandes – „Briefsteller und formelbücher des elften bis vierzehnten Jahrhunderts“ (sic!), bearbeitet von Ludwig Rockinger – erschienen war, konnte während der Plenarversammlung des Jahres 1865 die „Vollendung“ der Reihe festgestellt werden.¹³

Allerdings hielt sich die Historische Kommission von landesgeschichtlichen Projekten keineswegs völlig fern. Mit der Plenarversammlung des Jahres 1860 verbindet sich nicht nur der Beginn ihres den Wittelsbachischen Korrespondenzen im Jahrhundert nach dem Augsburger Religionsfrieden gewidmeten ersten neuzeitlichen Editionsunternehmens, sondern auch der Einstieg in die Erarbeitung einer „Pfalz Geschichte“. Sie ging auf einen Wunsch des bayerischen Königs aus der wittelsbachischen Linie Pfalz-Zweibrücken höchstpersönlich zurück, der ganz offensichtlich nicht nur – wie in „Quellen und Erörterungen“ – die Erforschung der bayerischen Geschichte anstoßen wollte, sondern auch die des linksrheinischen Teils seines Königreiches; in diesem Sinne veranlaßte er den Heidelberger Professor Ludwig Häusser zu einer Stellungnahme. In Abwesenheit Häussers, der 1845 seine – 1856 in zweiter Auflage erschienene – zweibändige „Geschichte der rhein. Pfalz nach ihren politischen, kirchlichen und literarischen Verhältnissen“ publiziert hatte, legte Ranke am 6. Oktober 1860 dessen Konzept für eine „Pfalzgeschichte“ vor, die aus vier Teilen bestehen sollte: „1.) kritische Geschichte der Pfalz bis zum Eintreten der Wittelsbacher, 2.) Geschichte einzelner Lokalitäten, 3.) Geschichte des Herzogthums Zweibrücken, 4.) Biographien.“¹⁴

Bereits ein Jahr später konnte Häusser konkrete Vorhaben für die „Pfalzgeschichte“ benennen, die von Anfang an nicht als eine umfassende Geschichte des wenig geschlossenen pfälzischen Herrschaftsgebietes gedacht war, sondern als ein Haupttitel, unter dem unverbundene Einzelarbeiten publiziert werden sollten, den Bänden der „Quellen und Erörterungen“ vergleichbar. Einziger Autor der bis 1869 erschienenen fünf Bände war der aus Dürkheim an der Haardt gebürtige evangelische Pfarrer und Geschichtsforscher Johann Georg Lehmann, seit 1860 korrespondierendes Mitglied der Münchener Akademie der Wissenschaften, der von seiner Pfarrstelle in Nußdorf bei Landau aus eine Fülle von Werken zur Geschichte der Rheinpfalz vorlegte.¹⁵

Bis zu seinem Tod am 17. März 1867 war Häusser gleichsam der Abteilungsleiter für „pfälzische Geschichte“ und berichtete Jahr für Jahr über die Arbeitsfortschritte Lehmanns, der 1862/63 seine zweibändige „Urkundliche Geschichte der Grafschaft Hanau-Lichtenberg“ vorlegte, 1867 seine „Vollständige Geschichte des Herzogthums Zweibrücken und seiner Fürsten, der Stamm- und Vorältern des k. bayer. Hauses“. Dafür konnte er sich schon deswegen stetiger finanzieller Unterstützung sicher sein, weil es der ausdrückliche Wunsch König Maximilians II. Joseph gewesen war, „gründliche Arbeiten für die pfälzische Geschichte zu fördern“ – wie es in einem Bericht vom Oktober 1863 anlässlich des fünfjährigen Bestehens der Historischen Kommission hieß¹⁶ – und weil König Ludwig II. 1864 die „Pfalzgeschichte“ als jenes Vorhaben anerkannte, das auf Anregung seines verstorbenen Vaters begonnen und aus Mitteln seiner Privatschatulle finanziert worden war.

Doch mit dem Ableben Häussers verlor sie nicht nur ihren wissenschaftlichen Mentor, sondern auch das Interesse der Kommission, die sich entschieden den „Älteren Pfälzischen Korrespondenzen“ im Rahmen des von Cornelius 1860 vorgestellten Editionsunternehmens zugewandt hatte. Zwar wurde Johann Georg Lehmanns zweibändige Arbeit über „Die Grafschaft und die Grafen von Sponheim der beiden Linien Kreuznach und Starkenburg bis zu ihrem Erlöschen im 15. Jahrhundert“ noch bis zu ihrem Erscheinen 1869 unterstützt, aber damit auch die „Specialgeschichte der Rheinpfalz“ – wie es im schon zitierten Bericht zur fünften Plenarversammlung 1863 hieß – beendet. Das von Ludwig Molitor herausgegebene „Urkundenbuch zur Geschichte der ehemals Pfalzbayerischen Residenzstadt Zweibrücken“ präsentierte 176 Aktenstücke bis zum Jahre 1816, als „nunmehr mit dem Staate Bayern auch die ihm zugehörige Stadt Zweibrücken zu festen politischen Verhältnissen gelangt war.“¹⁷ Nachdem es der Historischen Kommission „zur Einsichtnahme“ vorgelegen hatte, die seine Drucklegung auch mitfinanzierte, erschien es erst 1888, „durch Unterstützung der historischen Kommission bei der Kgl. Bayer. Akademie der Wissenschaften in den Druck gegeben“, wie es auf dem Titelblatt heißt.¹⁸

3. „Ältere Pfälzische Korrespondenzen“

Deutsche Geschichte, nicht Landesgeschichte, allgemeine deutsche Geschichte, nicht Spezialgeschichte eines deutschen Raumes, war die der Historischen Kommission mit ihrer Gründung gestellte Aufgabe. Ihre Erforschung im Rahmen verschiedener Editionsunternehmen nicht lediglich in die Neuzeit auslaufen zu lassen, sondern die neuzeitliche deutsche Geschichte selbst zum Gegenstand zu machen, verfolgte Carl Adolf Cornelius mit seinem 1860 beschlossenen Vorhaben, das zunächst – und bis heute ausschließlich – wittelsbachische Korrespondenzen ins Zentrum rückte. Es markiert einen Neuanfang zu einer Zeit, in der nebeneinander früher begonnene Unternehmungen oder solche, die in ihrem Geist verfolgt wurden, zum Abschluß gebracht wurden. In der Abfolge der Publikationen des ersten Bandes der „Wittelsbachischen Korrespondenzen“ mit den Briefen des pfälzischen Kurfürsten Friedrich III., des Frommen, im Jahre 1868 und des letzten Bandes Johann Georg Lehmanns im Rahmen der nie „Pfalzgeschichte“ genannten Reihe ein Jahr später wird dieses Nebeneinander von älterer und neuerer Konzeption deutlich, das zugleich eine Ablösung bezeichnet.

Cornelius' Quellenunternehmen, das unter der Bezeichnung „Wittelsbachische Korrespondenzen“ in die Editionsgeschichte eingegangen ist, stand von Anfang an unter der „Oberleitung“ seines Initiators, an der der Literaturhistoriker Franz Löher „mitwirken“ sollte. Aber schon in der Plenarversammlung des Jahres 1861 zeichnete sich angesichts der enormen Materialfülle eine Dreiteilung ab, wonach Heinrich von Sybel die Edition der „Älteren Pfälzischen Korrespondenzen“, Löher die der bayerischen Korrespondenzen der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts und Cornelius selbst die der Korrespondenzen beider wittelsbachischen Linien in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts leiten sollte.¹⁹ Keiner der drei Abteilungsleiter edierte allerdings einen Band „seiner“ Reihe selbst.

Die Arbeiten an den „Älteren Pfälzischen Korrespondenzen“ erstreckten sich von ihrer Begründung bis zum Erscheinen des sechsten und letzten Bandes im Jahre 1903 über vier Jahrzehnte hinweg. Mit dem Wechsel Heinrich von Sybels von München an die Universität Bonn zum Wintersemester 1861/62 gab er die Leitung dieses Editionsunternehmens zwar nicht ab, beantragte aber schriftlich bei der Historischen Kommission, „Dr. Kluckhohn auf 3 Jahre mit je 900–1.000 fl. die Arbeiten zur Herausgabe der pfälzischen Korrespondenzen zu übertragen“; die Jahresversammlung war am 7. Oktober 1861 allerdings der Auffassung, daß – wie es im Protokoll heißt – „die Sache mit Dr. Kluckhohn als seinem Unterarbeiter [von Sybel] selbst zu ordnen“ sei. August Kluckhohn, der ab 1862 gleichsam als Abteilungsleiter regelmäßig über die Fortschritte seiner Arbeiten berichtete, legte 1868 den ersten, die Jahre 1559 bis 1566 umfassenden Band der „Briefe Friedrich des Frommen, Kurfürsten von der Pfalz, mit verwandten Schriftstücken“ vor und begründete in seiner „Vorrede“ vom 1. August 1867 – entgegen der „ursprüngliche[n] Auf-



Abb. 24: August Kluckhohn (1832–1893), seit 1878 o. Mitglied, hatte 1868 den ersten Band der „Wittelsbachischen Korrespondenzen“ vorgelegt.

gabe [...], Fürstenbriefe von geschichtlicher Bedeutung herauszugeben“ – die Notwendigkeit, „zu den Briefen noch verwandte Materialien, Instructionen, Memoires, Berichte hinzu[zun]ehmen und auch die Papiere solcher Personen zu berücksichtigen, welche zu dem Fürsten in naher Beziehung standen und authentische Mittheilungen über denselben machen konnten.“ Es ging ihm um das „sachlich Wichtige“ und „biographisch Werthvolle“, das angesichts einer unerwarteten Materialfülle in zahlreichen in- und ausländischen Archiven nicht ausschließlich in vollständigen Texten präsentiert werden konnte, sondern der Auswahl, Kürzung oder regestenartigen Bearbeitung sowie der sachlichen Kommentierung bedurfte.²⁰

Der zweite Band Kluckhohns erschien – aufgeteilt auf die Jahre 1567–1572 und 1572–1576 – in zwei Teilbänden in den Jahren 1870 und 1872, wobei sich die Verzögerung gegenüber den Publikationsplänen sowie der größere Umfang unter anderem daraus ergaben, daß noch während der Drucklegung Archivmaterial gesammelt, gesichtet und bearbeitet wurde. War es dem Bearbeiter beim ersten Band ein Anliegen gewesen, „durch Berücksichtigung des theologischen und kirchenpolitischen Materials in der Correspondenz Friedrichs zugleich ein Urkundenbuch für die Kirchengeschichte jener Jahre zu geben“, in denen „sich die Scheidung zwischen Lutherthum und Calvinismus vollzog“, trat im zweiten Band die kurpfälzische Außenpolitik innerhalb des Heiligen Römischen Reiches sowie gegenüber Frankreich und den Niederlanden deutlicher hervor. Allerdings blieben aus Raum- und Zeitgründen wichtige Bereiche wie die Geschichte der Reichstage in der Zeit Kaiser Maximilians II. (Augsburg 1566, Regensburg 1567, Speyer 1570, Regensburg 1576) oder die Wahl König Rudolfs II. im Jahre 1575 unberücksichtigt.

Nach Abschluß des den Briefen Friedrichs des Frommen bis in sein Todesjahr 1576 gewidmeten Editionsunternehmens befürwortete die Historische Kommission auf ihrer Plenarversammlung 1872, „zur Vervollständigung der älteren pfälzischen Abtheilung auch die Correspondenz Johann Kasimirs zu veröffentlichen.“²¹ Unter der Leitung Kluckhohns, seit 1871 außerordentliches Kommissionsmitglied, seit 1869 ordentlicher Professor an der Münchener Technischen Hochschule, sollte Friedrich von Bezold eine Aktenpublikation vorbereiten, bemerkenswerterweise nicht zu Friedrichs des Frommen Sohn und

Briefe Friedrich des Frommen

Kurfürsten von der Pfalz

mit verwandten Schriftstücken

gesammelt und bearbeitet

von

A. Kluckhohn.

AUF VERANLASSUNG
UND MIT
UNTERSTÜTZUNG
SR. MAJESTÄT
DES KÖNIGS VON BAYERN
MAXIMILIAN II.



HERAUSGEGEBEN
DURCH DIE
HISTORISCHE COMMISSION
BEI DER
KÖNIGL. AKADEMIE DER
WISSENSCHAFTEN.

Erster Band.

1559—1566.

Braunschweig,

C. A. Schwetschke und Sohn.

(M. Brubn.)

1868.

Abb. 25: Titelblatt des ersten Bandes der „Älteren Pfälzischen Korrespondenzen“, erschienen 1868 bei C. A. Schwetschke und Sohn in Braunschweig.

Nachfolger als Kurfürst von der Pfalz, Ludwig VI., der die Rückkehr der Pfalz zum Luthertum durchsetzte, sondern zu dessen jüngerem Bruder Johann Kasimir, der ein Vorkämpfer für den Calvinismus blieb und damit unmittelbar an seinen Vater anknüpfte.

Nach zehnjähriger Bearbeitungszeit legte von Bezold seinen ersten Band „Briefe des Pfalzgrafen Johann Casimir mit verwandten Schriftstücken“ 1882 im Druck vor, wie die Friedrich dem Frommen gewidmeten Bände ohne einen auf die „Älteren Pfälzischen Korrespondenzen“ innerhalb der „Wittelsbachischen Korrespondenzen“ verweisenden Reihentitel, aber die Veranlassung und Unterstützung des bayerischen Königs sowie die Herausgeberschaft seiner Historischen Kommission auf dem Titelblatt hervorhebend. Dieser Band umfaßte Quellen für die Zeit von 1576 bis 1582, vom Todesjahr Friedrichs des Frommen bis zum Augsburger Reichstag, und verstand sich „als Fortsetzung und Abschluss des Werkes von Kluckhohn“, wie der Bearbeiter in seiner „Vorrede“ vom Januar 1882 festhielt und mit seiner etwa 200seitigen Einleitung „Die pfälzische Politik in den Jahren 1566–1576“ bekräftigte.²² Wichtig waren ihm „die Anfänge der lutherischen Reaktion in der Kurpfalz“, die den Gegensatz zwischen Ludwig VI. und Johann Kasimir erklären, an die sich die Dokumentation der „politischen Correspondenz des Pfalzgrafen“ anschloß, bei der einer äußerst schwierigen und lückenhaften Überlieferungslage Rechnung zu tragen war.

Bereits 1884 legte von Bezold, seit 1883 außerordentliches Mitglied der Historischen Kommission, für die Jahre von 1582 bis 1586 seinen zweiten Band vor, aber der abschließende dritte Band, der bis ins Todesjahr Johann Casimirs 1592 reicht und der schon bis zur redaktionellen Bearbeitung fortgeschritten war, ließ dann zwei Jahrzehnte – bis 1903 – auf sich warten. Die Gründe lagen zum einen in seinen – ihn vor neue universitäre Aufgaben stellenden – Berufungen auf Lehrstühle noch im Jahr 1884 nach Erlangen und 1896 nach Bonn, zum anderen in zeitaufwendigen Archivaufenthalten vor allem im europäischen Ausland, wo er das Quellenmaterial aus den kurpfälzischen und bayerischen Archiven sowie denen der übrigen protestantischen Reichsfürsten ergänzte. Vor allem aber erkannte er die Notwendigkeit, die inzwischen in anderen Zusammenhängen erfolgten Quellenveröffentlichungen und die angewachsene Forschungsliteratur zu berücksichtigen. Die bis zum Ende des 19. Jahrhunderts vielfältig entstandenen Forschungen machten Quelleneditionen anspruchsvoller und ließen es nicht zu, sie in Einleitungen und Kommentierungen zu ignorieren.

Mit dem Erscheinen des dritten Bandes der „Briefe des Pfalzgrafen Johann Casimir mit verwandten Schriftstücken“ stellte die Historische Kommission 1903 die Editionsarbeiten an den „Älteren Pfälzischen Korrespondenzen“ ein, ohne sie vollendet zu haben. Ausschlaggebend dafür war vor allem ein von Moriz Ritter vorgelegter Plan für die weitere Arbeit der Abteilung „Wittelsbachische Korrespondenzen“, an deren Spitze er 1901 von der Historischen Kommission bestellt wurde, nachdem er, seit 1883 außerordentliches, seit

1898 ordentliches Kommissionsmitglied, in den 1870er Jahren drei Quelleneditionen zur Vorgeschichte des Dreißigjährigen Krieges sowie 1889 und 1894 die ersten beiden Bände seiner bis heute unentbehrlichen dreibändigen „Deutsche[n] Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation und des Dreißigjährigen Krieges (1555–1648)“ vorgelegt hatte.

4. Ältere bayerische Korrespondenzen

Parallel zu den „Älteren Pfälzischen Korrespondenzen“ bestand seit 1861 die von Franz von Löher geleitete Abteilung zur Edition der älteren bayerischen Korrespondenzen, die unter dem Reihentitel „Briefe und Akten zur Geschichte des sechzehnten Jahrhunderts mit besonderer Rücksicht auf Bayerns Fürstenhaus“ in den vier Jahrzehnten zwischen 1873 und 1913 in sechs Bänden erschienen. Wenn Carl Adolf Cornelius in seinem „Vorschlag, betreffend die Herausgabe eines Wittelsbachischen Archivs für die zweite Hälfte des 16. und die erste Hälfte des 17. Jahrhunderts“ 1860 vorausschauend feststellte, daß sich „Anordnung und Umfang des Werkes erst im Verlauf der Zeit [...] näher bestimmen lassen“ werden, so sollte sich dies in besonderer Weise für die Bände der Löherschen Abteilung bewahrheiten.²³ Folgt man den Berichten des Münchener Reichsarchivars an die Plenarversammlungen der Historischen Kommission in den 1860er Jahren, dann waren seine Mitarbeiter Franz Kirchner und August von Druffel mit intensiven Archivrecherchen für die Regierungszeit Herzog Albrechts V. von Bayern befaßt, und zwar der bald aus dem Editionsvorhaben wieder ausscheidende Kirchner für die Jahre 1569 bis 1572 und von Druffel für die vorangehende Zeit von 1550 bis 1568. Dabei konzentrierte sich der offensichtlich sehr eigenständig forschende und von Löher kaum angeleitete Druffel mehr und mehr auf das erste Jahrzehnt der Herrschaft Herzog Albrechts V. und dann auf die Reichsgeschichte insgesamt ohne „besondere Rücksicht auf Bayerns Fürstenhaus“ in dem Jahrzehnt vor dem Augsburger Religionsfrieden von 1555. In der Druffel gewidmeten biographischen Skizze in der Allgemeinen Deutschen Biographie erinnerte sich Moriz Ritter, daß Cornelius diesem „am Neujahrstag 1865 [...] in kurzen und eindringlichen Worten einen Plan vorzeichnete, der im wesentlichen darauf hinausging, daß er die großen Wandlungen, die seit dem Ende des schmalkaldischen Kriegs bis zum Religionsfrieden das Reich ergriffen hätten, zum Gegenstand seiner Actensammlung machen und die bairischen Herzoge in der Rolle bloß Mitwirkender auffassen solle.“²⁴

Infolge der Einberufung Druffels zum Militär in den Kriegen von 1866 und 1870/71 erschien seine erste Quellenedition verzögert im Jahr 1873 unter dem – gegenüber den Planungen der Historischen Kommission von 1860/61 überraschenden – Titel „Beiträge zur Reichsgeschichte 1546–1551“. Ohne besondere Hervorhebung des seit der Gründung des Deutschen Reiches 1871 wieder besonders aktuellen Blickes auf Reichsgeschichte begründete der Bear-

beiter – von seinen Überzeugungen her Großdeutscher und Katholik, der 1887 in eine altkatholische Gemeinde wechselte – die Anlage seines Bandes zwar auch mit der „Dürftigkeit der Bairischen Archive für die Zeit Albrechts V.“, aber viel stärker betonte er zu Beginn seiner „Vorrede“ vom 20. Juli 1873: „Bei der Wichtigkeit der dem Regierungsantritte Herzog Albrechts unmittelbar vorhergehenden Jahre erschien es zweckmäßig, nicht das Jahr 1550 als Anfangstermin streng festzuhalten, sondern, je nachdem die Akten dazu aufforderten, in einzelnen Beziehungen zurückzugehen auf das Jahr 1546, in welchem der Schmalkaldische Krieg so bedeutende Veränderungen in den deutschen Verhältnissen, besonders auch in der Stellung der Wittelsbacher hervorrief.“²⁵

Druffel arbeitete – der Chronologie folgend – kontinuierlich weiter an seinen „Beiträge[n] zur Reichsgeschichte“ und legte 1880 in einem zweiten Band solche allein für das Jahr 1552 vor, nachdem sein ursprünglicher Plan dafür Aktenstücke für die Zeit von 1552 bis 1555 vorgesehen hatte.²⁶ Gleichzeitig arbeitete er an – umfangreicheren Quellentexten vorbehaltenen – Ergänzungen zu seinem ersten Band, die er noch vor dem zweiten Band 1876 als erste Abteilung eines dritten Bandes veröffentlichte: „Beiträge zur Reichsgeschichte 1546–1551“. Auch der zweite Band erhielt 1882 unter dem identischen Titel „Beiträge zur Reichsgeschichte 1552“ in einer zweiten Abteilung des dritten Bandes eine Ergänzung, die die Übersichtlichkeit des Editionsunternehmens erschwerte,²⁷ aber Druffels kaum nachvollziehbare Arbeitsweise dokumentiert. Abgesehen davon, daß er in unübersichtlichen Archivbeständen immer neue Quellenfunde machte, die oftmals wiederum neue Recherchen erforderten, bezog er immer mehr Überlieferungen aus immer zahlreicheren europäischen Archiven in seine Forschungen ein, zumal er parallel mit Kaiser Karls V. Verhältnis zur römischen Kurie in den Jahren 1544 bis 1546 befaßt war und dazu ebenfalls publizierte.²⁸

August von Druffel, der 1887 ordentliches Mitglied der Historischen Kommission wurde, hat den Abschluß des ausschließlich mit seinem Namen verbundenen Editionsprojektes nicht mehr erlebt, da sich die oftmals angekündigte Fertigstellung und Drucklegung des vierten Bandes in den 1880er Jahren immer wieder verzögerte. Denn wenige Monate nach der Annahme seines Planes durch die Kommission, eine Sammlung von Briefen und Akten zur Geschichte Bayerns in der Zeit der Reformation herauszugeben,²⁹ mit dem er sich unter Ausdehnung des Zeitraumes auf die ganze Reformationszeit, der sein eigentliches Interesse galt, ansatzweise dem ursprünglichen Cornelius-Konzept annäherte, starb Druffel. Präsident Sybel und Sekretär Cornelius beauftragten den jungen Karl Brandi, den weitgehend druckfertigen Band „Beiträge zur Reichsgeschichte 1553–1555“ zu ergänzen und abschließend zu bearbeiten, der dann 1896 erschien und seine Handschrift trug: „es war mein Bestreben“ – schrieb er in seinem „Vorwort“ –, „die ganze einschlägige Literatur“ heranzuziehen und „sie mit dem neuen archivalischen Materiale so zu verbinden, dass wenigstens in Hinweisen eine Übersicht über das gesamte, für

die allgemeine Reichsgeschichte der Jahre 1553–55 in Betracht kommende Quellenmaterial, soweit es publiziert ist, erreicht würde.“ Gleichwohl durfte Brandi, dem im Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv die Benutzung des neu geordneten Bestandes „Reichsakten in genere“ möglich war, nach dem Willen der Historischen Kommission, „nur wenig von dem ursprünglichen Plane Druffels abweichen“; daß die Akten des Augsburger Reichstages von 1555 keine Berücksichtigung fanden, ging auf einen Kommissionsbeschluß von 1893 zurück.³⁰

Erst die Bände 5 und 6 der „Briefe und Akten zur Geschichte des sechzehnten Jahrhunderts mit besonderer Rücksicht auf Bayerns Fürstenhaus“ entsprachen etwas mehr den Planungen von 1860/61. Der fast gleichzeitig mit Karl Brandi eingestellte Walter Goetz legte unter der Abteilungsleitung Max Lossens, der dem 1892 verstorbenen Löher in dieser Funktion folgte, im Jahre 1898 „Beiträge zur Geschichte Herzog Albrechts V. und des Landsberger Bundes 1556–1598“ vor. Damit war das Programm mit Blick auf den für die älteren bayerischen Korrespondenzen vorgesehenen Zeitraum – wie bei den „Älteren Pfälzischen Korrespondenzen“ – formal erfüllt, ohne inhaltlich zu befriedigen. Abgesehen davon, daß die Aktenstücke nur bis zum Jahre 1580 reichten und Goetz dann die Geschichte des Landsberger Bundes bis zu seiner Auflösung durch den Bayernherzog Maximilian I. am 27. September 1598 lediglich auf 15 Seiten skizzierte, dazu wenige „Bemerkungen über die Organisation des Bundes“ machte, mußte der Bearbeiter in seinem „Vorwort“ einräumen, daß „diese 34 [sic] Jahre nicht mit derselben Ausführlichkeit behandelt worden sind, wie der Zeitraum von 1550–1555“. Wenn er die Druffelsche Ausführlichkeit für die Jahre von 1556 bis 1580 für unangemessen hielt, dann entsprach das dem üblichen Fehlurteil über die Bedeutung der Jahrzehnte nach Augsburger Religionsfrieden und dauerhaft maßgeblich werdender Reichsexekutionsordnung von 1555. Entscheidend aber war wohl auch der Wunsch der Historischen Kommission, lediglich einen Überbrückungsband zur Regierungszeit Herzog Wilhelms V. zu publizieren, für die Felix Stieve schon 1878 einen Band im Rahmen der dritten von Cornelius projektierten Reihe vorgelegt hatte. Goetz' Edition thematisierte nicht die Regierungszeit Herzog Albrechts V. in ihrem ganzen Umfange, sondern konzentrierte sich auf „die wichtigsten Ereignisse der auswärtigen bairischen Politik [...] um die Geschichte des Landsberger Bundes“ herum und wollte nur dafür vollständig sein.³¹ Zwei Jahre vor seiner Edition hatte Goetz seine Leipziger Habilitationsschrift „Die bayerische Politik im ersten Jahrzehnt der Regierung Herzog Albrechts V. von Baiern (1550–1560)“ zum Druck gebracht.

Der die Reihe abschließende Band 6 erschien erst 1913 nach Druffelschem Vorbild als Ergänzungsband – „Beiträge zur Geschichte Herzog Albrechts V. und der sog. Adelsverschwörung von 1563“ –, der maßgeblich auf den Materialsammlungen und Studien des Nürnberger Gymnasialprofessors Leonhard Theobald beruhte und von diesem sowie Walter Goetz bearbeitet wurde. Er stand am Ende eines Unternehmens, das sich von Beginn an weit von den In-

tentionen der Historischen Kommission und ihres Mitgliedes Carl Adolf Cornelius entfernt hatte, ohne daß zu leugnen wäre, daß vor allem die von August von Druffel bearbeiteten Editionen ihren großen Wert für die Geschichte des Heiligen Römischen Reiches in der Mitte des 16. Jahrhunderts behalten haben.

5. Die „Wittelsbachischen Korrespondenzen“ im konzeptionellen Widerstreit

In der Aufbruchstimmung der deutschen Geschichtswissenschaft und mit dem Historikern in der Mitte des 19. Jahrhunderts eigenen Optimismus, in kurzer Zeit – außer zur Geschichte von Institutionen wie den Reichstagen oder von Räumen wie den Städten – auch zu ganzen Epochen wie der vom Augsburger Religionsfrieden bis zum Westfälischen Frieden umfassende Quelleneditionen vorlegen zu können, übernahm Carl Adolf Cornelius 1861 selbst die Leitung der dritten Abteilung der „Wittelsbachischen Korrespondenzen“. Im Vergleich zu den beiden ersten, die für die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts die Akten getrennt nach bayerischer und pfälzischer Linie der Wittelsbacher bereitstellen sollten, war seine Abteilung für die erste Hälfte des 17. Jahrhunderts und das Gesamthaus zuständig und damit mit der größten und anspruchsvollsten Aufgabe betraut. „Der Gegenstand unserer dritten Abteilung“ – erkannte er in seinem „Vorwort“ von Juni 1870 zum ersten in der Reihe „Briefe und Acten zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges in den Zeiten des vorwaltenden Einflusses der Wittelsbacher“ publizierten Band – „erschien so übermäßig umfangreich, dass wir uns von vorn herein entschlossen, das Endziel näher zu stecken, und die vorbereitenden Arbeiten nicht auf die ganze Zeit des dreissigjährigen Krieges, sondern nur bis zum Unterliegen der Liga im Kampf mit Gustav Adolf auszudehnen.“³²

Bearbeiter dieses ersten Bandes war der 1862 in die Dienste der Historischen Kommission getretene Moriz Ritter, den Cornelius damit beauftragte, die Akten zur Geschichte der kurpfälzischen Politik unter Kurfürst Friedrich IV. zu sichten und für die Edition bis zur Gründung der protestantischen „Union“ von Auhausen vorzubereiten. Sie erschien – nach mehrfachen Änderungen der zeitlichen Grenzen – 1870 unter dem Titel „Die Gründung der Union 1598–1608“ und schloß in gewisser Weise inhaltlich an Bezolds dritten Band der „Briefe des Pfalzgrafen Johann Casimir mit verwandten Schriftstücken“ an, der allerdings erst 1903 vorlag. Noch bevor Bezold 1882 überhaupt seinen ersten Band fertiggestellt hatte, hatte Ritter 1874 und 1877 mit seinen beiden weiteren Bänden „Die Union und Heinrich IV. 1607–1609“ sowie „Der Jülicher Erbfolgekrieg“ seine Aufgabe abgeschlossen. Nach eigenem Bekunden konnte er dabei vor allem auf umfangreiche Archivrecherchen und Vorarbeiten seines Abteilungsleiters Cornelius und des 1867 als Mitarbeiter gewonnenen Felix Stieve zurückgreifen, der später sein schärfster persönlicher Gegner in der Historischen Kommission werden sollte.

Wenn Cornelius in seinem „Vorwort“ zum ersten Ritterschen Band feststellte, daß das „Unternehmen [...] nicht particularen Zwecken [dient], sondern [...] dazu bestimmt [ist], der allgemeinen deutschen Geschichte in einem Zeitraum, welcher dessen vor andern bedarf, eine neue und feste Grundlage zu bieten“, dann war das ganz im Sinne seines 1860 vorgebrachten „Vorschlag[es]“, betreffend die Herausgabe eines Wittelsbachischen Archivs für die zweite Hälfte des 16. und die erste Hälfte des 17. Jahrhunderts“, der noch einmal vollständig zum Abdruck kam. Allerdings – so führte der Abteilungsleiter 1870 weiter aus – sollte „die erdrückende Masse von Briefen und Acten, die jeder für sich betrachtet wenig bedeuten, aber in ihrem Zusammenhange ein wichtiges Blatt deutscher Geschichte repräsentierten, [...] nicht, mit leichter Mühe und grösseren Kosten, in ermüdender Ausführlichkeit ans Tageslicht gebracht werden, um die Bibliotheken anzuschwellen und den Historiker abzuschrecken.“ Daher wurden zunächst „vorwiegend Regestensammlung[en]“ geboten, ohne allerdings zu versäumen, „die handelnden Personen selbst sich aussprechen und den unvermittelten Eindruck ihres Wesens auf den Leser wirken zu lassen.“³³

Moriz Ritter, seit 1883 außerordentliches, seit 1898 ordentliches Mitglied der Historischen Kommission und 1901 Nachfolger von Cornelius als Abteilungsleiter, hat in seiner „Denkschrift über die weitere Bearbeitung der dritten Abteilung der Wittelsbacher Correspondenzen“ vom Mai 1900 im Rückblick auf seine Editionsarbeit der 1870er Jahre die Konzentration auf die „auswärtige kurpfälzische Politik“ in Verbindung „mit derjenigen der Union“ und der „der sog. correspondierenden Stände“ als „erste Regel“ bezeichnet.³⁴ Dazu kam als „zweite Regel“, „für die Aufnahme der Schriftstücke nicht äußere Merkmale, sondern bestimmte Aufgaben historischer Forschung“ zum „Maßstab“ zu machen, also Inhalte, die freilich „die Gefahr“ bargen, „daß der Herausgeber [...] sich in's Unbegrenzte verirrt.“ Um dem angesichts der Fülle von Korrespondenzen und Akten der „Unions- und Correspondenztage“ entgegenzuwirken, wurden „in vorsichtiger Auswahl“ nur die der „hervorragenden Mitglieder der Union und der Correspondierenden herangezogen“, ergänzt um die thematisch relevanten der „Reichsversammlungen“, von denen Ritter als besonders wichtig „Reichs-, Deputations- und Kurfürstentage“ benannte, ohne „eine vollständigere Herausgabe solcher Acten [...] überflüssig“ zu machen. „Nur in einem Punkt“ – räumte Ritter im Jahre 1900 ein – „sind die angegebenen Grenzen wesentlich überschritten. Zu den Jahren 1609 und 1610 wurden auf Verlangen des damaligen Leiters des Unternehmens, des Herrn Prof. Cornelius, die Acten der gesamten auswärtigen Politik König Heinrichs IV. von Frankreich herangezogen. Aber auch hier wurde die Beschränkung auf das Wesentliche und das, was in anderen Veröffentlichungen nicht zu finden war, recht strenge gewahrt.“

Was Moriz Ritter kritisch zur Grenzüberschreitung seines zweiten Bandes von 1874 bemerkte, geriet ihm in seiner „Denkschrift“ von 1900 zum Generalvorwurf gegen Felix Stieves Editionsarbeit, von der bis dahin drei Bände zur



Abb. 26: Felix Stieve (1845–1898), in der Historischen Kommission nicht unumstrittener Editor der „Briefe und Akten“, seit 1887 o. Mitglied der Kommission.

„Politik Baierns 1591–1607“ (1878, 1883) und zur Zeit „Vom Reichstag 1608 bis zur Gründung der Liga“ (1895) vorlagen. 1867 von Cornelius als Mitarbeiter eingestellt, war Stieve – in der Nachfolge des 1865 verstorbenen Eugen Rohling und des nur kurzzeitig beschäftigten Max Lossen – parallel zu Ritter für die Akten zur Geschichte der bayerischen Politik und der katholischen Liga im Zeitraum von 1607 bis 1619 zuständig. Tatsächlich sah das Ergebnis seiner Forschungen zunächst gar nicht nach Quelleneditionen aus, denn 1878 erschien mit seinem ersten Band – dem vierten der Reihe – eine Darstellung der Geschichte bayerischer Politik von 1591 bis 1594, also bis zu dem Jahr, in dem Herzog Wilhelm V. seinen Sohn Maximilian I. zum Mitregenten machte. Wie diese Darstellung nicht einmal bis 1607 reichte, so lag eine dieses Jahr erfassende Aktenedition in weiter Ferne. Was als „kurze Einleitung“ zu den „mit dem Jahre 1608 beginnenden bairischen Acten“ projektiert war, „welche das vom Standpunkte der allgemeinen deutschen Geschichte aus Wichtige der früheren politischen Thätigkeit Maximilians I. zusammenfassen sollte“ – so Stieve in seiner „Vorrede“ vom 25. August 1878 –, „ist in der Ausführung wesentlich verändert und dahin erweitert worden, dass eine Geschichte der bairischen Politik in den Jahren 1591 bis 1607 in zwei Bänden gegeben werden soll.“³⁵

Daß „die vorgeschriebene Grenzlinie vielleicht überschritten worden ist“, räumte Stieve an gleicher Stelle ein wenig ein, rechtfertigte aber seinen Band insgesamt mit fehlenden Untersuchungen zu seinem Gegenstand und hielt es sogar für „angemessen, die Ergebnisse [seiner] Forschung nicht im Auszuge, sondern ganz und ungeschmälert mitzuteilen, zumal sie doch vollständig innerhalb des Rahmens des Unternehmens der historischen Commission liegen.“³⁶ Und im „Vorwort“ zu seinem 1883 – fünf Jahre später – erschienenen zweiten Band, der das Begonnene für die Jahre 1594 bis 1607 vollendete, reagierte er auf den denkbaren „Vorwurf übertriebener Ausführlichkeit“ mit dem noch klarer ausgesprochenen Hinweis, „dass meine Darstellung die Veröffentlichung der Acten ersetzen soll“, und hoffte auf Dankbarkeit der Geschichtsforschung. Ebenso glaubte er, für seinen Versuch, „mit der Geschichte der bairischen Politik zugleich eine Geschichte des Reiches in den Jahren 1594 bis 1608 zu geben, „keiner Entschuldigung zu bedürfen“, auch wenn er sich

vom Reihentitel „[...] in den Zeiten des vorwaltenden Einflusses der Wittelsbacher“ fast gänzlich verabschiedet hatte.³⁷

Ganz offensichtlich hat Stieve seine beiden ersten Bände mit Zustimmung von Cornelius verfassen können, aber die Historische Kommission war nicht länger bereit, in einer „Briefe[n] und Acten“ vorbehaltenen Quellenedition reine Darstellungen erscheinen zu lassen. So folgte der seine Abteilung dominierende Gelehrte, seit 1883 außerordentliches, seit 1887 ordentliches Mitglied der Historischen Kommission, mit der Vorlage seines dritten Bandes „Vom Reichstag 1608 bis zur Gründung der Liga“ im Jahre 1895 deren „Beschlüssen“ und präsentierte „mit dem vorliegenden Bande“ – wie zu Beginn seines „Vorwort[es]“ vom 15. Februar 1895 zu lesen ist – „statt der Darstellung, welche die beiden vorausgehenden Bände füllte, die Veröffentlichung der Actenstücke im Wortlaut oder in Auszügen“. Auch dabei ging es ihm darum, „den Gang der bairischen Politik sowie die Reichspolitik des Kaisers und der katholischen Reichsstände so weit wie möglich vollständig klarzulegen“, weshalb er für die Zeit bis 1610 insgesamt drei Bände ankündigte.³⁸ Von diesen hat er das Erscheinen der beiden letzten jedoch nicht mehr erlebt, denn er starb 1898 im Alter von 53 Jahren.

6. Moriz Ritters „Denkschrift“ von 1900 und die Akteneditionen für das Jahrzehnt vor dem Beginn des Dreißigjährigen Krieges

In Kenntnis von Stieves Arbeitsweise, seiner immer stärker auf kaiserliche und österreichische Politik gerichteten Interessen und seiner kleinteiligen Planungen für eine letztlich völlig unbestimmte Anzahl von Editionsbanden stellte Moriz Ritter in seiner „Denkschrift“ von 1900 die Frage nach „dem zeitlichen Fortgang des Unternehmens“ und seiner inhaltlichen Ausrichtung, denn – so faßte er seines Kollegen Leistung zusammen – „seit Stieves Eintritt in die Historische Kommission bis zum Erscheinen des ersten anderthalb Jahr umfassenden Aktenbandes sind 28 Jahre verflossen“. Dieser hatte sich von Anfang an „in's Unbegrenzte verirrt“, denn schon seine Einleitung zu den von ihm zu edierenden „jüngeren wittelsbachischen Korrespondenzen“ umfaßte „mit Einschluß der Nachträge 1.665 Seiten, womit Ritter die beiden Hälften der „Politik Baierns 1591–1607“ meinte, die die Bände 4 und 5 der Reihe „Briefe und Acten zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges in den Zeiten des vorwaltenden Einflusses der Wittelsbacher“ von 1878 und 1883 bildeten. Akteneditionen ohne Akten – so wird man zusammenfassen dürfen – sollte es seiner Auffassung nach nicht mehr geben.³⁹

„Angesichts dieser Überschreitung“ kam es Ritter darauf an zu entscheiden, ob sie „eine nur gelegentliche sein, oder ob sie im Fortgang der Arbeit immer größere Dimensionen annehmen sollte“, zumal die von Stieve eingestellten Mitarbeiter Karl Mayr, ab 1911 Mitglied der Historischen Kommission, und Anton Chroust nach Stieves Tod an dessen Expansionsplänen fest-



Abb. 27: Moriz Ritter (1840–1923), Editor und 1901–1912 Leiter der Abteilung „Briefe und Akten zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges in den Zeiten des vorwaltenden Einflusses der Wittelsbacher“.

hielten: Der eine verlangte nach seinen Worten 1899 „für die Jahre 1611–13 drei weitere starke Bände, wobei es nicht ganz deutlich ist, ob in ihnen nur die pfälzischen oder in irgendwelcher Verbindung auch die bairischen Correspondenzen Platz finden sollen.“ Der andere wollte unter anderem „im Wiener Finanzarchiv die Acten über die Finanzen der Kaiser Rudolf, Matthias und Ferdinand II. (bis 1620) bearbeitet haben“, was nach Ritter den Eindruck erweckte, „als ob die oesterreichischen Verhältnisse noch vor den bairischen bevorzugt würden, da ja hinsichtlich Baierns die Acten der innern Verwaltung ausgeschieden sind.“

„Sollen die Arbeiten wieder in einen festeren und engeren Plan eingefügt werden?“ – fragte Ritter am Ende seiner „Denkschrift“ zunächst und schlug vor, falls die Kommission diese Grundsatzfrage bejahte, zu den Prinzipien der drei von ihm zwischen 1870 und 1877 in rascher Folge publizierten Bände zurückzukehren. Dies bedeutete für ihn, daß sie „auf die Bearbeitung der bairischen Correspondenzen in der Weise anzuwenden wären, daß das, was über die Acten der Politik der Pfälzer, der Union und der Correspondierenden gesagt ist, auf Baiern und die Liga übertragen würde, natürlich auch mit Berücksichtigung des über die Acten von Reichsversammlungen Bemerkten.“ Zurückhaltend äußerte er sich in Fußnoten zur Einbeziehung „kriegsgeschichtliche[n] Materials“, hielt es aber für ausgeschlossen, „die kriegerischen Actionen nach den Acten und Berichten der entgegengesetzten Parteien allseitig zu beleuchten.“ Dem Einwand, der Dreißigjährige Krieg werde „zu einseitig nur vom Standpunkt der Politik Baierns und der Liga beleuchtet“, setzte er die Zuversicht entgegen, jeder Bearbeiter werde das Archivmaterial umfassend recherchieren und alles Wichtige angemessen berücksichtigen.

An seine Ausgangsfrage schloß Ritter die nach dem Zeitraum an, für den die von ihm neu vorgeschlagene Auswahl und Bearbeitung der Akten vorzusehen wäre, und schlug, um die „Fortführung des Unternehmens nicht ins Endlose hinauszuschieben“, als neuen Beginn das Jahr 1623 vor, in dem ein Regensburger Deputationstag, auf dem die pfälzische Kurwürde des „Winterkönigs“ Friedrich V. auf Herzog Maximilian I. von Bayern übergang, und die Versammlung der Liga in der Reichsstadt an der Donau einen gemeinsamen Ausgangspunkt bildeten. Ihm war klar, daß er die für die Jahre 1611 bis 1613

und 1618 bis 1620/21 von Mayr und Chroust nach den Vorstellungen Stieves begonnenen Arbeiten nicht abbrechen konnte, drängte aber darauf, „daß die Commission die Zahl der ihnen zu bewilligenden Bände nicht nur zu bestimmen, sondern auch unerbittlich festzuhalten hätte.“ Die Lücke der Jahre 1614 bis 1618 sollte erst nach Abschluß dieser Arbeiten geschlossen werden.

Schließlich plädierte Ritter im Anschluß an frühere Diskussionen für eine Änderung des „störenden Zusatz[es]“ im Reihentitel – „in den Zeiten des vorwaltenden Einflusses der Wittelsbacher“ – und sprach sich für eine Ergänzung des Haupttitels „Briefe und Akten zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges“ um den Untertitel „Die Politik Maximilians von Baiern und der Liga, 1623–35“ aus; das Endjahr „1635“ begründete er – in Abkehr von Cornelius' Planungen von 1860 für die erste Hälfte des 17. Jahrhunderts – mit dem Abschluß des Prager Friedens und der Auflösung der Liga und beendete seine wegweisende „Denkschrift“: „Wie dann die Publikation von 1635 an weiter zu führen ist, wie die übersprungenen Abschnitte vor 1623 nachzuholen sind, ob endlich die pfälzische Correspondenz nach der Auflösung der Union (Mai 1621) fortzusetzen ist, – diese Fragen werden sich später, wenn nur erst das Unternehmen wieder in kräftigen Gang gekommen ist, leichter lösen lassen, als wenn man sich jetzt bei ihnen aufhalten wollte.“

Ritters „Denkschrift“ avancierte zum Plan der Historischen Kommission für die weiteren Editionen der ursprünglich „jüngeren wittelsbachischen Correspondenzen“.⁴⁰ Unter seiner Abteilungsleitung ab 1901 – Cornelius starb zwei Jahre später 84jährig – legten die alten Mitarbeiter Mayr und Chroust in den Jahren 1903 bis 1909 zügig fünf, auf Wunsch der Historischen Kommission nicht der Chronologie, sondern dem Stand der Bearbeitung folgende Bände vor, an denen der von ihnen sehr verehrte Stieve zum Teil noch mitgewirkt hatte, ohne daß sie über das Jahr 1613 hinauskamen. Schon in den Buchtiteln kam die ohne großen Aufwand nicht mehr zu verändernde kleinteilige Konzeption zum Ausdruck, wenn Chroust als neunten Band der Reihe „Vom Einfall des Passauer Kriegsvolks bis zum Nürnberger Kurfürstentag“ vorlegte, der lediglich die Monate Januar bis Oktober 1611 behandelte. Erstmals wurden die Akten von Union, Neutralen und Liga nicht mehr getrennt, sondern ineinandergreifend in chronologischer Folge, aber wegen des Umfangs stark gekürzt präsentiert, was die Perspektive erheblich erweiterte. Im Jahre 1905 folgte der von Mayr endgültig bearbeitete Band „Von der Abreise Erzherzog Leopolds nach Jülich bis zu den Werbungen Herzog Maximilians von Bayern im März 1610“, der ebenfalls nur wenige Monate in den Blick nahm und weitgehend auf den „unendliche[n] Mengen von Akten“ beruhte, die Stieve, der „Unvergessliche“, als „Meister der Aktenbearbeitung“ – so das „Vorwort“ allzu panegyrisch – lediglich gesammelt und durchgesehen hatte.⁴¹ Als Band 7 schloß er – um wenig ergänzt – unmittelbar an dessen letzten Band an, dem 1908 – die Lücke zu Chrousts Band schließend – der achte, auch noch im wesentlichen auf Stieves Arbeiten zurückgehende unter dem Titel „Von den Rüstungen Herzog Maximilians von Bayern bis zum Aufbruch der Passauer“

folgte. Zuvor schon hatte Chroust Band 10 – „Der Ausgang der Regierung Rudolfs II. und die Anfänge des Kaisers Matthias“ – für die Monate von Oktober 1611 bis Dezember 1612 vorgelegt, der die Reichsgeschichte ebenso deutlich akzentuierte wie Band 11, der den „Reichstag von 1613“ behandelte. Als Edition zu einem Reichstag, dem letzten vor dem Dreißigjährigen Krieg, stand sie isoliert von der der „Deutschen Reichstagsakten“, die in der „Jüngeren Reihe“ bis zum Nürnberger Reichstag von 1524 gediehen war und die erst ab den 1980er Jahren in den „Reichsversammlungen 1556–1662“ eine Fortsetzung finden sollte.

Im Jahre 1909 lagen damit die letzten noch von Stieve projektierten Bände vor, aber sie betrafen nur den ersten von Ritter in seiner „Denkschrift“ bezeichneten Zeitraum, den er in der Edition – so oder so – abgeschlossen sehen wollte, noch nicht die Jahre 1618 bis 1620/21. Zwar hatten dafür zunächst Stieve und dann auch seine Mitarbeiter Mayr und Chroust „ungeheure[s] Material“ gesammelt, dessen „Verarbeitung“ – nach den Worten Ritters in seinem „Vorwort“ zum ersten unter seiner Abteilungsleitung fertiggestellten Band der Neuen Folge im Jahre 1907 – „jetzt in erster Linie, sei es ganz, sei es zum großen Teil“ beiden zustand. Er selber hatte 1901 die Übernahme der Abteilungsleitung unter dem Vorbehalt angetreten, „weder eine Sichtung jenes Materials vorzunehmen, noch in die Arbeit der genannten beiden Herren [...] einzugreifen.“⁴² Allerdings kam es nicht mehr zur Vorlage einer Aktenedition. Da zudem die Bearbeitung der Akten aus der Zeit von 1614 bis 1618 auf Wunsch Ritters unbefristet zurückgestellt worden war, bestand in den „Briefe[n] und Akten zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges“ in dem Augenblick eine Editionsücke von etwa einem Jahrzehnt, als Walter Goetz bereits 1907 seinen ersten Band in der Neuen Folge „Die Politik Maximilians I. von Baiern und seiner Verbündeten“ vorgelegt hatte.

Zur Halbierung dieser Lücke war zunächst vorgesehen, die Neue Folge der „Briefe und Akten zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges“ nicht – wie in Moriz Ritters „Denkschrift“ von 1900 geplant – erst mit dem Jahr 1623 einsetzen zu lassen, sondern es wurden – dem Wunsch der Historischen Kommission bei der Übertragung der Abteilungsleitung auf Ritter folgend – „das Jahr 1618 und der Ausbruch des dreißigjährigen Krieges als der Zeitpunkt bestimmt, von dem die neue Arbeitsweise zu beginnen habe.“ Mayr sollte der Bearbeiter sein, der bereit war, das von ihm gesammelte Material unter „Befolgung der neu aufgestellten Grundsätze“ zu edieren. Da er jedoch während des Ersten Weltkrieges 1917 starb, sollte dieser Teil der Lücke erst in den Jahren 1966 und 1970 von anderen geschlossen werden. Der erste Teil der Lücke – die Zeit von 1613/14 bis 1617/18 umfassend – bestand sogar bis 1978, weil man sich in der Historischen Kommission seit Beginn des 20. Jahrhunderts weder zu einer Fortsetzung der Edition auf dem von Mayr und Chroust beschrittenen Weg entscheiden konnte, noch für die von Ritter von den Jahren 1623 beziehungsweise 1618 an vorgesehene Weise. Schließlich wurde lange nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von Hugo Altmann „eine darstellen-

de Behandlung der wesentlichen Probleme und Entwicklungszüge der bayerisch-ligistischen Politik dieser Jahre und ihres Zusammenhanges mit der Politik des Kaisers und des Hauses Österreich“ vorgelegt, die – so Dieter Albrecht in seiner „Vorbemerkung“ als Abteilungsleiter – ursprünglich eine Dissertation war, „betont quellennah gearbeitet und [für die Publikation] ergänzt durch den Abdruck zentraler Aktenstücke.“⁴³ Indem dieses Werk als Band 12 der „Briefe und Akten [...] in den Zeiten des vorwaltenden Einflusses der Wittelsbacher“ erschien, beendete es diese Reihe und wurde zum darstellenden Überbrückungsband zur Neuen Folge der Reihe, die bis heute der „Politik Maximilians I. von Bayern und seiner Verbündeten 1618–1651“ gewidmet ist.

7. Eine Neue Folge: Briefe und Akten zur „Politik Maximilians I. von Baiern und seiner Verbündeten“ von 1618 bis 1635

Unübersehbar drängten Moriz Ritter, der noch am dritten Band seiner „Deutsche[n] Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation und des Dreißigjährigen Krieges (1555–1648)“ arbeitete, und die Historische Kommission seit Beginn des 20. Jahrhunderts auf Akteneditionen aus der Zeit des Dreißigjährigen Krieges. Neben Mayr, der mit der Edition für die Jahre 1618 bis 1620 betraut blieb, stellte Ritter als neuer Abteilungsleiter im Jahre 1901 wieder Walter Goetz ein, der – gemäß der „Denkschrift“ aus dem Vorjahr – mit dem Jahr 1623 beginnend die Akten zur „Politik Maximilians I. von Bayern und seiner Verbündeten“ bis 1626 bearbeiten und sich dabei auf die bayerische und die Liga-Politik konzentrieren sollte. Goetz war ein erfahrener Editor, der – wie erwähnt – 1898 bereits im Rahmen der älteren bayerisch-wittelsbachischen Korrespondenzen „Beiträge zur Geschichte Herzog Albrechts V. und des Landsberger Bundes 1556–1598“ vorgelegt hatte und bis 1913 zusammen mit Leonhard Theobald einen weiteren Band dieser Reihe fertigstellen sollte.

Unter strenger Beachtung der Ritterschen Richtlinien hatte er seinen ersten Band im Rahmen der Neuen Folge bereits bis 1907 abgeschlossen, deren Entstehung der Abteilungsleiter in einem ausführlichen Vorwort angesichts einer von Cornelius ausgehenden fast 50jährigen Editions-geschichte erläuterte. Der Band erschien als erster des zweiten Teils der Neuen Folge – der erste Teil blieb den geplanten Bänden für die Zeit von Januar 1618 bis Dezember 1622 vorbehalten – und hatte Akten für die Jahre 1623 und 1624 zum Inhalt, die der „Aufhellung eines Kreises von geschichtlichen Vorgängen“ dienen sollten. „Ein Anfang dieser Tätigkeit“ – so Ritter in seinem für die Neue Folge insgesamt programmatischen „Vorwort“ – „liegt ja schon darin, daß die Schriftstücke nicht nach äußeren Merkmalen, sondern nach ihrem Wert für die Erkenntnis der fraglichen Vorgänge aufzuspüren, aufzunehmen oder auszuscheiden sind, das eigentliche Gebiet aber, auf dem sie sich bewähren soll, ergibt sich aus der Methode der Verkürzung des Stoffes, bei der die größere Masse

der Akten teilweise oder ganz in Auszüge umzugießen oder im bloßen Referat zusammenzufassen sind.“⁴⁴

An diesen Grundsätzen, zu denen auch die Aufgaben von Anmerkungen und Registern gehörten, „den Benützer auf alles hin[zu]führen, was zur vollen Erkenntnis und zur Verbindung der politischen Tatsachen notwendig ist“,⁴⁵ änderte sich auch nichts, nachdem Goetz 1912 die Abteilungsleitung von Ritter übernommen hatte, der 1908 zum Präsidenten der Historischen Kommission gewählt worden war und es bis 1923 bleiben sollte. Allerdings verzögerte sich das Erscheinen des zweiten Bandes bis 1918, denn Goetz war 1905 auf ein Ordinariat an der Universität Tübingen berufen worden, 1913 nach Straßburg. Außerdem ließen verschiedene Mitarbeiterwechsel – von Goetz zu Georg Friedrich Preuß und dann zu Fritz Endres – und die Kriegsereignisse keine zügige Fertigstellung des zweiten Bandes zu, der dann auch nur Akten zum Jahr 1625 enthielt, um auf seine Fertigstellung nicht noch länger warten zu müssen.

Bis zum Erscheinen der ebenfalls hauptsächlich von Goetz bearbeiteten Bände 3 und 4 für die Jahre 1626 und 1627 sowie die Zeit von Januar 1628 bis Juni 1629 (Zäsur des Friedens von Lübeck vom 22. Mai 1629) sollte noch sehr viel mehr Zeit vergehen, denn sie kamen erst 1942 und 1948 zum Druck. Aber das geschah angesichts der Zeitumstände und häufigen Personalwechsels wohl auch nur deshalb noch im und kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, weil Goetz als Gegner des Nationalsozialismus 1933 als Lehrstuhlinhaber der Universität Leipzig zwangspensioniert worden war und er damit gezwungenermaßen über die notwendige Zeit verfügte, die zuvor immer wieder unterbrochene Editionsarbeit fortzusetzen. Der abschließend von Dieter Albrecht bearbeitete Anschlußband für die Zeit von Juli 1629 bis Dezember 1630 – also Band 5 des zweiten Teils der Neuen Folge – sollte noch 16 Jahre auf sich warten lassen, wie auch die Bände des ersten Teils weiterhin fehlten.

Nachdem sich die Historische Kommission – mit ihrem 1945 kommissarisch an die Spitze gestellten neuen Vorsitzenden Walter Goetz – 1946 mit der Zuwahl von 13 neuen Mitgliedern gleichsam neu konstituiert hatte, bot ihre Plenarversammlung des folgenden Jahres Gelegenheit zu einer gründlichen Bestandsaufnahme der Arbeiten auch in der nunmehr „Akten des 30jährigen Krieges“ genannten Abteilung, die weiterhin unter der Leitung von Goetz stand, und zu Gedanken über die Fortsetzung dieses inzwischen arg ins Stokken geratenen Editionsunternehmens über das Jahr 1630 hinaus. Der Abteilungsleiter schlug „in gekürzter Form Weiterführung“ vor, „was sich“ – so hielt es das Protokoll vom 1. September 1947 fest – „auch durch geringere Bedeutung der 2. Hälfte des Krieges für die bairische Politik rechtfertigen läßt“; für die „Feststellung der Archivalien 1632–48“ sollte „auf 1 Jahr gegen Honorarzählung“ Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode eingestellt werden,⁴⁶ der 1942 Professor an der Universität Rostock geworden war. Entscheidungen aber fielen erst auf der Grundlage von Ausschlußberatungen am 1. Juli 1955 während der darauf folgenden Jahresversammlung im Oktober, in der Albrecht mit der



Abb. 28: Walter Goetz (1867–1958), 1912–1955 Leiter der Abteilung „Briefe und Akten zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges“.

Fertigstellung des Bandes für die eineinhalb Jahre von Mitte 1629 bis Ende 1630 beauftragt wurde.

Mit Blick auf die Zukunft der Reihe hatte der Ausschuß ferner festgestellt, „es der Tradition der Kommission und dem Bedürfnis der wissenschaftlichen Forschung schuldig zu sein, das Unternehmen nicht jählings abubrechen.“⁴⁷ Die Historische Kommission insgesamt schloß sich dem an und sah für die Zeit nach 1630 bis zum Prager Frieden 1635 zwei Bände mit Aktenpublikationen vor, für das Jahrzehnt bis zum Beginn der den Dreißigjährigen Krieg abschließenden Friedensverhandlungen einen weiteren Band und für diese selbst dann noch einmal zwei Bände, „um vom Standpunkt der bayerischen Politik aus“ – so das Protokoll vom 11./12. Oktober 1955 – „sich anderen, teils vollendeten, teils geplanten Veröffentlichungen zum Westfälischen Frieden an die Seite stellen zu können.“⁴⁸ Wie schon bei den Ausschlußberatungen vertrat Stolberg-Wernigerode eine andere Position, denn er wollte das ganze Editionsunternehmen „mit einer Darstellung und einem Quellenband für die Jahre 1630–35“ beenden, was in anderer Weise jedoch erst von der Jahresversammlung 1978 beschlossen werden sollte.

Mit den Entscheidungen von 1955 war für die Abteilung „Briefe und Akten zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges, Neue Folge“ ein Wechsel in der Leitung verbunden, denn nach 43 Jahren verantwortlicher Tätigkeit bat der 88 Jahre alte Goetz, seit 1951 erster – und einziger – Ehrenpräsident der Historischen Kommission, ihn von seinen Pflichten zu entbinden. In der Tradition seines Vorgängers Moriz Ritter als Abteilungsleiter stehend, hat er das Unternehmen der „Wittelsbachische[n] Korrespondenzen“ mit insgesamt sechs Aktenbänden maßgeblich geprägt. Sein Nachfolger bis 1968 wurde mit Max Spindler ein in erster Linie als bayerischer Landeshistoriker profiliertes Mitglied der Historischen Kommission.

Unter Spindlers Abteilungsleitung kam es ein halbes Jahrhundert nach Mayrs Tod 1966 zur Publikation eines ersten Bandes zur Schließung der Lücke von 1618 bis 1622, die Georg Franz (1899–1979) vorlegte, nachdem der erste Bearbeiter nur unvollständiges Material hinterlassen hatte und druckfertige Teile im Zweiten Weltkrieg verlorengegangen waren. Franz war seit den 1920er Jahren – beauftragt von Walter Goetz – mit der Bearbeitung des Ban-

des betraut gewesen, die dann kriegsbedingt bis 1945 „völlig unterbrochen“ werden mußte, wie er in einem Schreiben vom 9. Dezember 1961 an Götz Freiherrn von Pölnitz als damaligem Sekretär der Historischen Kommission berichtete. Auf dessen zwei Tage zuvor erfolgte Anfrage hatte er mitgeteilt, „alles Material für die Jahre 1618/20“ 1956 an Goetz gesandt zu haben, und begründete die weiteren Verzögerungen mit den Umständen der unmittelbaren Nachkriegszeit, die in der Sowjetischen Besatzungszone beziehungsweise dann in der DDR keinerlei Weiterarbeit in Form von schriftlichen Recherchen in westdeutschen Archiven oder gar Archivreisen in den Westen möglich gemacht hätten. Die politisch bedingte Flucht aus Leipzig im Jahre 1953 hatte weitere Verluste bereits gesammelten und bearbeiteten Materials zur Folge, und „die Notwendigkeit des Aufbaus einer neuen Existenz im Westen“ – so Franz an von Pölnitz weiter – „ließ leider eine weitere Beschäftigung bez[ü]glich Redigierung des übriggebliebenen Materials nicht zu.“⁴⁹ Gleichwohl hat er seine Editionsarbeit dann doch noch mit vielen Mühen abgeschlossen.⁵⁰ Für die Zeit vom Januar 1618 bis zum Dezember 1620 war es der erste Band des ersten Teils der „Politik Maximilians I. von Bayern und seiner Verbündeten 1618–1651“, dessen abschließender zweiter Band für die zwei Jahre von Januar 1621 bis Dezember 1622 dann – aus ähnlichen Gründen verspätet – 1970 von dem langjährigen Kommissionsmitarbeiter Arno Duch zum Druck gebracht wurde.

Zudem hat Dieter Albrecht, dessen große Maximilian-Biographie von 1998 in weiten Teilen auf seinen Quellenforschungen in der von ihm von 1968 bis zu seinem Tod 1999 geleiteten Abteilung beruht,⁵¹ seinen Aktenband – wie erwähnt – 1964 vorgelegt, in dessen Mittelpunkt vor allem der von Herzog – seit 1623 Kurfürst – Maximilian I. maßgeblich geprägte Regensburger Kurfürstentag des Jahres 1630 mit der Entlassung Wallensteins durch Kaiser Ferdinand II. steht. Mit ihm war aber auch – gegenüber den ersten vier Editionen des zweiten Teils der Neuen Folge – eine leichte Korrektur der ganz auf die Politik Bayerns und der Liga ausgerichteten Konzeption der Goetzschen Bände verbunden, denn das Heilige Römische Reich wurde nicht mehr so konsequent ausgeblendet, wie es Moriz Ritter mit seiner „Denkschrift“ von 1900 gefordert hatte. Vorsichtig deutete Albrecht das in seinem „Vorwort“ vom 25. Oktober 1963 an, wenn er zwar die Bayern- und Liga-Orientierung für seinen Band anerkannte, aber zugleich „auch die allgemeineren Verhältnisse und insbesondere die Politik Kaiser Ferdinands II.“ ansprach, „die in vielen Bereichen erhellt werden“, vor allem durch die kaiserlichen Akten des reichsgeschichtlich so bedeutsamen Regensburger Kurfürstentages von 1630.⁵²

Diese von der Sache her in noch ausführlicherer Weise gebotene reichsgeschichtliche Akzentuierung fällt zusammen mit einer in den 1960er Jahren beginnenden neuen Beschäftigung mit der Geschichte des Heiligen Römischen Reiches, die auch für die Zukunft der „Briefe und Akten zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges“ nicht ohne Folgen bleiben sollte. Schon während der Jahressitzung der Historischen Kommission am 27./28. September 1956



Abb. 29: Dieter Albrecht (1927–1999), 1968–1999 Leiter der Abteilung „Briefe und Akten zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges“.

berichtete Max Braubach von Planungen für „eine Quellensammlung zur Vorgeschichte und Geschichte des Westfälischen Friedens, gesondert nach Ländern“. Seine Frage nach der Bereitschaft der Historischen Kommission, ein solches „Werk in ihre Reihe aufzunehmen“, bejahte die Jahresversammlung und bat Braubach, „einen genauen Entwurf auszuarbeiten“ und „den Mitgliedern der Kommission vor der nächsten Jahressitzung zugehen zu lassen“. Dabei sollte auch geprüft werden, „wie sich der neue Plan auf den Vorschlag abstimmen lässt“, den man 1955 zur Weiterführung des Editionsunternehmens „Briefe und Akten zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges“ angenommen hatte.⁵³

Noch vor der Jahresversammlung 1957 nahmen die Bonner Planungen, von denen Braubach 1956 erstmals berichtet hatte und die vom Ministerialdirektor im Bundesinnenministerium, dem Historiker Paul Egon Hübinger (1911–1987), maßgeblich forciert wurden, konkretere Gestalt an. Vor dem Hintergrund, daß er die großen europäischen Friedensschlüsse der Neuzeit vor allem von 1648, 1815 und 1919 durch Editionen erschlossen und erforscht sehen wollte, stellte sich für die Historische Kommission die drängende Frage, „ob auch der Westfälische Friede, soweit er Bayern betrifft, und die vorangehenden Friedensverhandlungen“ von ihr behandelt werden sollten.⁵⁴ Zu einer Entscheidung kam es zwei Jahre später, als Braubach von der Aufnahme der Editionsarbeiten zur Geschichte der Friedensschlüsse von Münster und Osnabrück aus dem Jahre 1648 durch die in Bonn im September 1957 gegründete „Vereinigung zur Erforschung der Neueren Geschichte e.V.“ berichtete, die zur Trägerin des bis heute bestehenden Editionsunternehmens „Acta Pacis Westphalicae“ wurde.⁵⁵ Im Protokoll der Jahressitzung der Historischen Kommission vom 1./2. Oktober 1959 wurde – Einvernehmen zwischen Bonn und München beschreibend – festgehalten: „Im allgemeinen soll zwischen den bayerischen Akten und den Akten des Westfälischen Friedens das Jahr 1635 als Trennungslinie dienen. Es empfiehlt sich zwar, die allgemeinere Reichsgeschichte ab 1635 in die Acta Guestphalicae pacis einzubeziehen, hingegen das Material über Kurfürst Maximilian auch jenseits dieser Zeitgrenze in der bayerischen Reihe zu belassen.“⁵⁶

Es brauchte zwar noch einige Zeit, in der Braubach und Konrad Repgen immer wieder auf den Jahressitzungen der Historischen Kommission über den Fortgang des Bonner Acta-Pacis-Westphalicae-Unternehmens berichteten, aber 1978 wurde – auf Vorschlag Albrechts, des Abteilungsleiters seit einem Jahrzehnt – mit der Festlegung der Inhalte für die Bände 8 bis 10 zugleich die Entscheidung getroffen, die „Briefe und Akten zur Geschichte des Dreissigjährigen Krieges“ mit dem Jahr 1635 und der Edition des Prager Friedens abzuschließen.⁵⁷ Angesichts des in den 1970er Jahren immer wieder geäußerten Optimismus, den Schlußband Ende des Jahrzehnts, dann Ende der 1980er Jahre vorlegen zu können, und angesichts der begonnenen Publikationstätigkeit der „Acta Pacis Westphalicae“ erübrigte sich sehr bald die Diskussion über die Konzeption eines beide Editionsunternehmen verbindenden „Übergangsbandes“, zumal sie in ihrer Anlage sehr unterschiedlich waren. Wenn Theodor Schieder als Präsident der Historischen Kommission während der Jahressitzung 1973 im Anschluß an einen Bericht Braubachs „für den Fall von Gefahren für die Finanzierung des [Acta-Pacis-Westphalicae-]Unternehmens die Möglichkeit einer Angliederung an die Historische Kommission zur Erwägung“ stellte,⁵⁸ dann drückten sich darin neben der inhaltlichen Nähe beider Editionen zugleich die wissenschaftsorganisatorischen Veränderungen in der Bundesrepublik Deutschland aus, in denen sich die traditionsreiche Münchener Institution behaupten mußte.

Tatsächlich erschienen sind die Bände 8 bis 10 des zweiten Teils der Neuen Folge der „Briefe und Akten zur Geschichte des Dreissigjährigen Krieges“ erst in den Jahren von 1982 bis 1997, sämtlich bearbeitet von Kathrin Bierther. Die reichsgeschichtliche Akzentuierung brachte sie in ihren Vorworten zu den Bänden 8 und 9 zum Ausdruck, die den Zeiten von Januar 1633 bis Mai 1634 und von Juni 1634 bis Mai 1635 gewidmet waren, wenn sie zwar an den Vorgaben Moriz Ritters festhielt, Bayern und die Liga ins Zentrum zu rücken, aber zugleich die Notwendigkeit betonte, „auch der kaiserlichen Politik und Kriegführung relativ breiten Raum zu geben“, sofern es für die Zusammenhänge relevant war, in denen der bayerische Herzog und Kurfürst stand.⁵⁹ Von der Sache her machten zudem die Bemühungen um einen Frieden eine reichsgeschichtliche Auswertung notwendig. Der am 30. Mai 1635 zu Prag geschlossene Frieden zwischen Kaiser Ferdinand II. und Kurfürst Johann Georg I. von Sachsen ist dann in einem 10. Band („Der Prager Frieden von 1635“) in vier Teilen – getrennt nach Erschließungsband, Korrespondenzen, Verhandlungsakten, Vertragstexten – mit insgesamt 2.200 Druckseiten in bisher nie erfolgter Ausführlichkeit als ein zentrales reichsgeschichtliches Ereignis in der Mitte des Dreißigjährigen Krieges dokumentiert. Mit einem Gegenstand, der das politische Geschehen der ersten Hälfte der 1630er Jahre insgesamt in den Blick nehmen mußte, kehrte die Edition gleichsam zu ihren Anfängen zurück.

Mit diesem monumentalen zehnten Band ist sie zwar an ihren 1978 bestimmten thematischen Endpunkt gelangt, das Editionsunternehmen „Briefe

und Akten zur Geschichte des Dreissigjährigen Krieges“ ist damit jedoch noch nicht abgeschlossen. Noch in Arbeit befinden sich die Bände 6 und 7 für die Jahre 1631 und 1632, seit 2000 unter der Abteilungsleitung Winfried Schulzes. Die erfahrene Editorin Kathrin Bierther hat neben der Fertigstellung des siebenten Bandes auch die abschließende Betreuung des sechsten übernommen, nachdem Dieter Albrecht am 8. Oktober 1999 überraschend gestorben war und seine Arbeit nicht mehr vollenden konnte. Erst mit dem Abschluß dieser beiden Bände wird – wie es in Albrechts Äußerung während der Jahressitzung der Historischen Kommission am 2./3. März 1999 im Protokoll festgehalten ist – „über die Weiterführung der Reihe zu befinden sein“,⁶⁰ wozu allerdings nicht nur mit Blick auf die Edition der „Acta Pacis Westphalicae“, sondern auch der „Deutsche[n] Reichstagsakten. Reichsversammlungen 1556–1662“ erst einmal ein neues Konzept zu erarbeiten wäre. Bis zu dem dem Prager Frieden von 1635 gewidmeten Band aus dem Jahre 1997 lautet der Titel der Neuen Folge „Die Politik Maximilians I. von Bayern und seiner Verbündeten 1618–1651“ – ein Versprechen der Historischen Kommission an die Geschichtswissenschaft, die „Briefe und Akten zur Geschichte des Dreissigjährigen Krieges“ bis ins Todesjahr des Herzogs und Kurfürsten fortzusetzen.

8. „Briefe und Akten“ (1546–1635) im Überblick

1651			1651
1650			1650
1635			1635
		Briefe und Akten zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges NF	
		10 Bde. (1907-1997)	
1618			1618
		Briefe und Akten zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges in den Zeiten des vorwaltenden Einflusses der Wittelsbacher	
		12 Bde. (1870-1978)	
1598			1598
		Briefe und Akten zur Geschichte des sechzehnten Jahrhunderts mit besonderer Rücksicht auf Bayerns Fürstenhaus	
1592			1592
	Briefe des Pfalzgrafen Johann Casimir		
	3 Bde. (1882-1903)	6 Bde. (1873-1913)	
1576			1576
	Briefe Friedrich des Frommen Kurfürst von der Pfalz		
	2 Bde. (1868-1872)		
1559			1559
1550			1550
1546			1546

¹ Den folgenden Ausführungen liegen die Materialien des Archivs und der Registratur der Historischen Kommission (HiKo bzw. HiKo R) zugrunde, ferner die Bände der „Pfalzgeschichte“ (PfG) und der „Wittelsbachischen Korrespondenzen“ (WK) mit den Reihen „Ältere Pfälzische Korrespondenzen“ (ÄPfK), „Briefe und Akten zur Geschichte des 16. Jahrhunderts mit besonderer Rücksicht auf Bayerns Fürstenhaus“ (BA 16. Jh.), „Briefe und Akten zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges in den Zeiten des vorwaltenden Einflusses der Wittelsbacher“ (BA 30jähr. Krieg) sowie „Briefe und Akten zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges. Neue Folge. Die Politik Maximilians I. von Baiern und seiner Verbündeten 1618–1651“ (BA 30jähr. Krieg NF); die bibliographischen Angaben zu den insgesamt 36 Bänden finden sich in der Liste der „Veröffentlichungen der Historischen Kommission“. Ferner wurden herangezogen: Max Spindler, Wittelsbacher Korrespondenzen, in: FS 1958, 166–180; Dieter Albrecht, Briefe und Akten zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges. Ein Editionsunternehmen der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, in: Jahrbuch der historischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, Berichtsjahr 1985, München [u. a.] 1986, 45–47; Konrad Repgen, Akteneditionen zur deutschen Geschichte des späteren 16. und des 17. Jahrhunderts. Leistungen und Aufgaben, in: Quelleneditionen und kein Ende? Symposium der Monumenta Germaniae Historica und der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, München, 22./23. Mai 1998, hg. von Lothar Gall und Rudolf Schieffer (= HZ, Beihefte [NF] 28), München 1999, 37–79.

² Statut und Protokoll der Gründungsversammlung, in: HiKo 1.

³ Denkschrift Rankes, in: HZ 1 (1859), 28–35, hier 31.

⁴ Ebd., 31f.

⁵ Vorschlag Cornelius', in: HZ 4 (1860), Nachrichten von der historischen Commission bei der Königlich Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Nr. V, 53–57.

⁶ Denkschrift Rankes (wie Anm. 3), 30f.

⁷ Vorschlag Cornelius' (wie Anm. 5).

⁸ Protokoll vom 5. und 6. Oktober 1860, in: HiKo 52.

⁹ Protokoll, in: HiKo 266.

¹⁰ Quellen und Erörterungen, Bd. 1, München 1856, Vorwort, VI f.

¹¹ Im Dienst der bayerischen Geschichte. 70 Jahre Kommission für bayerische Landesgeschichte, 50 Jahre Institut für Bayerische Geschichte, hg. von Wilhelm Volkert und Walter Ziegler, München 1998, 207f.

¹² Protokoll vom 8. Oktober 1861, in: HiKo 53.

¹³ Protokoll vom 27. September 1865, in: HiKo 57.

¹⁴ Protokoll vom 6. Oktober 1860, in: HiKo 52.

¹⁵ Zu Lehmann: ADB 18 (1883), 145–147.

¹⁶ MGH-Archiv: B 677/Ib.

¹⁷ Vorwort, VI.

¹⁸ Im Jahre 1974 wurde der Titel – wie auch ein Teil der Werke Lehmanns – als Reprint neu vorgelegt.

¹⁹ Protokoll vom 7. Oktober 1861, in: HiKo 53.

²⁰ ÄPfK, Bd. 1, V–XI.

²¹ So im gedruckten „Bericht des Secretariats“ über die „Dreizehnte Plenar-Versammlung“ der Historischen Kommission vom Oktober 1872, in: HiKo 63.

²² ÄPfK, Bd. [4], III–VIII.

²³ Vorschlag Cornelius' (wie Anm. 5), 57.

²⁴ Moriz Ritter, Druffel, in: ADB 48 (1904), 114–118, hier 115.

²⁵ BA 16. Jh., Bd. 1, V–XX, hier IX und Vf.

²⁶ BA 16. Jh., Bd. 2, Vorrede, V–VIII.

²⁷ Heute ist in den Bibliotheken – entgegen den zeitgenössischen Verlagsanzeigen – als dritter Band aus dem Jahr 1882 auch vorhanden: „Beiträge zur Reichsgeschichte 1546–1552“, ohne daß zwei Abteilungen unterschieden werden: Mit Seite 337 beginnt ohne bibliographische Hervorhebung der Abdruck von Archivalien zum Jahr 1552.

²⁸ August von Druffel, Kaiser Karl V. und die Römische Curie 1544–1546, 4 Abteilungen (= Abhandlungen der Königlich Bayerischen Akademie der Wissenschaften III. Cl., XIII. Bd. II. Abth., XVI. Bd. I. Abth., XVI. Bd. III. Abth., XIX. Bd. II. Abth.), München 1877–1890.

²⁹ Protokoll vom 21. bis 23. Mai 1891 nebst Anlage, in: HiKo 82.

³⁰ BA 16. Jh., Bd. 4, V–X.

³¹ BA 16. Jh., Bd. 5, VII–X, hier VII.

³² BA 30jähr. Krieg, Bd. 1, V–XIV, hier X.

³³ Ebd., XIII.

³⁴ Denkschrift Ritters, in: HiKo 91 und 260.

³⁵ BA 30jähr. Krieg, Bd. 4, V–VIII, hier Vf.

³⁶ Ebd., VI.

³⁷ BA 30jähr. Krieg, Bd. 5, Vf.

³⁸ BA 30jähr. Krieg, Bd. 6, V–X, hier V.

³⁹ Denkschrift Ritters (wie Anm. 34).

⁴⁰ Protokoll vom 29. bis 31. Mai 1901, in: HiKo 92.

⁴¹ BA 30jähr. Krieg, Bd. 7, Vf., hier V.

⁴² BA 30jähr. Krieg NF, Zweiter Teil, Bd. 1, VII–X, hier IX.

⁴³ BA 30jähr. Krieg, Bd. 12, V.

⁴⁴ BA 30jähr. Krieg NF, Zweiter Teil, Bd. 1, IXf.

⁴⁵ BA 30jähr. Krieg NF, Zweiter Teil, Bd. 2, VIII.

⁴⁶ Protokoll vom 1./2. September 1947, in: HiKo 125.

⁴⁷ Ausschußprotokoll vom 1. Juli 1955, in: HiKo 261.

⁴⁸ Protokoll vom 11./12. Oktober 1955, in: HiKo 132.

⁴⁹ Brief von Georg Franz vom 9. Dezember 1961 aus (West-)Berlin an Götz Freiherr von Pölnitz, in: HiKo 261.

⁵⁰ Vgl. Geleitwort des Abteilungsleiters Max Spindler und Vorwort des Bearbeiters: BA 30jähr. Krieg NF, Erster Teil, Bd. 1, V–VII.

⁵¹ Dieter Albrecht, Maximilian I. von Bayern 1573–1651, München 1998.

⁵² BA 30jähr. Krieg NF, Zweiter Teil, Bd. 5, Vf., hier V.

⁵³ Protokoll vom 27./28. September 1956, in: HiKo 133.

⁵⁴ Protokoll vom 3./4. Oktober 1957, in: HiKo 134.

⁵⁵ Vgl. dazu Reppen, Akteneditionen (wie Anm. 1), 59–70. Reppen hatte dazu im Mai 1957 eine Denkschrift vorgelegt: Konrad Reppen, Über die Publikation ACTA PACIS WESTPHALICAE (APW), in: Konrad Reppen, Dreißigjähriger Krieg und Westfälischer Friede. Studien und Quellen, hg. von Franz Bosbach und Christoph Kampmann (= Rechts- und Staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft [NF] 81.), Paderborn [u. a.] 1998, 153–180, hier Beilage 3: Über die Ausgabe der wichtigeren Quellen zur Geschichte des Westfälischen Friedens, 174–180.

⁵⁶ Protokoll vom 1./2. Oktober 1959, in: HiKo 136.

⁵⁷ Protokoll vom 7./8. März 1978, in: HiKo R 17.

⁵⁸ Protokoll vom 13./14. März 1973, in: HiKo R 12.

⁵⁹ BA 30jähr. Krieg NF, Zweiter Teil, Bd. 8, VII–XI, hier VII.

⁶⁰ Protokoll vom 2./3. März 1999, in: HiKo R 38.

Heinz Duchhardt

Eine vernachlässigte Epoche?

Die wissenschaftlichen Aktivitäten der Historischen Kommission zum „langen“ 18. Jahrhundert

Im Zentrum der wissenschaftlichen Aktivitäten der Historischen Kommission stand das 18. Jahrhundert niemals. Von daher erklärt es sich ohne Mühe, daß die Vormoderne im engeren Sinn in der Festschrift von 1958, die die großen Unternehmen der Kommission darstellte, nicht behandelt wurde.¹ Diese Ausparung einer ganzen Epoche erstaunt freilich und bedarf einer Erklärung, zumal in der Gründungsversammlung im Herbst 1858 nach Diskussion ja der gesamte Zeitraum der deutschen Geschichte als Untersuchungsgegenstand festgelegt worden war und Leopold von Ranke unter den vorrangigen Vorhaben ausdrücklich auch eine Geschichte der Historiographie seit dem 18. Jahrhundert genannt hatte.²

Gründe für diese weitgehende Ausblendung des 18. Jahrhunderts aus dem Arbeitsprogramm der Historischen Kommission gibt es genug: Mit den Reichstagsakten hatte die Kommission ein – anfangs zudem eklatant unterschätztes – Großunternehmen von „nationaler“ Bedeutung gestartet, das viele Kräfte auch der Neuzeithistoriker in der Historischen Kommission und viele Ressourcen band. Das – im folgenden in einem „langen“ Sinn verstandene, also die revolutionäre Umbruchzeit bis zum Wiener Kongreß einschließende – 18. Jahrhundert galt zudem im 19. als das „preußische“ Jahrhundert, die Epoche des Aufstiegs des Hohenzollernstaats zur Großmacht, und wurde durch Vorhaben der Berliner Akademie, insbesondere die „Politische Correspondenz Friedrichs des Großen“ oder auch die der „Aufdeckung der innersten Triebfedern des staatlichen Handelns“ gewidmet³ und somit Fanalcharakter tragenden „Acta Borussica“⁴ erhellt, mit denen man von München aus weder konkurrieren konnte noch wollte (und die von Einrichtungen getragen wurden, die vor allem nach der Reichsgründung und in der wilhelminischen Epoche immer mehr zu einer scharfen Konkurrenz der Historischen Kommission wurden). Den „Ausweg“, sich anderen Territorien oder Geschichtslandschaften, etwa, was besonders nahegelegen hätte und was den Stifter der Kommission ja nachhaltig bewegt hatte,⁵ Bayern zuzuwenden, wählte man wohl auch